

Der neue Bundesarbeitsminister verspricht Verbesserungen für Langzeitarbeitslose

Hartz IV steht endlich infrage

Fortsetzung von Seite 1

2015 hat der Verband unter dem Leitsatz „Inklusion statt Hartz IV“ hinreichende Vorschläge zu einer Neuordnung des Arbeitsmarktes vorgelegt.

Aus SoVD-Sicht spiegelt die gewachsene Verweildauer der Betroffenen im Hartz-IV-Bezug die verfehlte Arbeitsmarktpolitik der vergangenen Jahre nun erneut wider.

Nachteile ausgleichen mit Arbeitslosengeld II Plus

Der Verband sieht eine der Hauptursachen des Scheiterns der Hartz-Reformen in der Ungleichbehandlung von Arbeitslosen, die Leistungen der Arbeitslosenversicherung beziehen, und Arbeitslosen, die Leistungen nach dem SGB II erhalten. Fakt ist: Wer Hartz IV bekommt, hat erheblich geringere Chancen auf eine nachhaltige Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt. Vor allem viele ältere Langzeitarbeitslose haben vor ihrer Erwerbslosigkeit jahrzehntelang in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt. Dennoch drückt sie der Hartz-IV-Bezug an den Rand des Existenzminimums – in den Augen des SoVD eine große soziale Ungerechtigkeit.

Zu den bereits vor drei Jahren veröffentlichten arbeitsmarktpolitischen Forderungen des Verbandes gehört deshalb unter anderem, ein zeitlich unbegrenztes „Arbeits-

losengeld II Plus“ einzuführen. Es soll Langzeitarbeitslosen zugutekommen, die in die Sozialkassen eingezahlt haben.

Ziel: Vollzeitbeschäftigung statt „Aufstocken“

Um irgendwie über die Runden zu kommen, gehen viele Langzeitarbeitslose Minijobs nach. Trotzdem reicht ihr Einkommen in aller Regel nicht, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, sodass sie zusätzliche staatliche Unterstützungsleistungen beziehen müssen. Der aktuelle Regelsatz für Alleinstehende beträgt derzeit 416 Euro im Monat.

Mit Unterstützung der Bundesagentur für Arbeit (BA) will die Regierungskoalition nun Gesetze auf den Weg bringen, die Betroffenen konkret helfen sollen. Vor allem Langzeitarbeitslose sollen bessere Unterstützungsleistungen erhalten, um



Foto: Ulrich Baumgarten/picture alliance

Bessere Unterstützungsleistungen sind hilfreich für den Wiedereinstieg.



Foto: Julian Stratenschulte/picture alliance/dpa

Langzeitarbeitslose sind immer länger im Hartz-IV-Bezug. Viele von ihnen haben zuvor Jahrzehnte in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt. Der SoVD mahnt diese Ungerechtigkeit seit Langem an.

nach Phasen langer Arbeitslosigkeit wieder vollbeschäftigt arbeiten zu können.

„Die Ankündigung, Hartz IV auf den Prüfstand zu stellen, ist eine gute Nachricht. Viele Betroffene leiden unter den derzeitigen Regelungen und haben gleichzeitig kaum eine Chance auf dem Arbeitsmarkt“, stellt SoVD-Präsident Adolf Bauer dazu fest. „Es sind dringende Maßnahmen erforderlich, die Langzeitarbeitslosen eine schnellere Rückkehr in den Arbeitsmarkt ermöglichen.“

Auch an anderen Missständen im Kontext von Hartz IV will die Politik arbeiten. So steht endlich auch die Höhe der Regelbedarfsätze zur Debatte. Diese hat der SoVD immer wieder als ungerecht und in Teilen sogar als willkürlich kritisiert. Der Verband schlägt eine bedarfsgerechte Ermitt-

lung der Regelsätze vor, die die Lebensrealität von Betroffenen lebensecht abbildet. Insofern sind die nun geäußerten Vorhaben aus SoVD-Sicht nicht nur überfällig, sondern auch zu begrüßen: Eine bedarfsgerechte Anhebung der Regelsätze ist im Sinne der großen Bevölkerungsgruppen, die sich vom wirtschaftlichen Aufschwung abgehängt sehen.

Strafen bei Versäumnissen sind zu hart und ungerecht

Positiv bewertet der SoVD zudem, dass die gängige Praxis von Hartz-IV-Sanktionen überprüft werden soll. „Die bisher geltenden Sanktionen müssen deutlich abgemildert werden!“, mahnt SoVD-Präsident Bauer.

Im vergangenen Jahr war die Zahl der Sanktionen um rund 13700 auf insgesamt knapp 953000 gestiegen. Der neue

Bundesarbeitsminister, Hubertus Heil, sagte laut Medienberichten: „Ich halte es nicht für sinnvoll, dass – wie es derzeit der Fall ist – für Jüngere strengere Regeln gelten als für Ältere. Oder dass das Wohngeld gekürzt wird und die Leute auf der Straße stehen.“

Rund drei Viertel der Sanktionen werden wegen Meldeversäumnissen verhängt, das heißt, wenn Betroffene den Termin beim Jobcenter ohne wichtigen Grund nicht wahrnehmen. Menschen unter 25 Jahren sind von den Sanktionen stärker betroffen. Bereits der erste Verstoß, der über ein Meldeversäumnis hinausgeht, hat eine hundertprozentige Kürzung der Leistung zur Folge. Auch Heils Vorgängerin Andrea Nahles hatte unter 25-Jährige nicht mehr strenger behandeln wollen als Ältere. *veo*

SoVD im Gespräch



Foto: Wolfgang Borrs

Fachliche Diskussionen über Aktuelles aus Gesundheit und Pflege: Mit Dr. Doris Pfeiffer, der Vorstandsvorsitzenden des Spitzenverbandes der gesetzlichen Krankenkassen, tauschte sich SoVD-Präsident Adolf Bauer in Berlin über verschiedenste Themen sowie über konkrete Probleme und Konzepte aus.

Viele Themen bei Treffen mit GKV-Spitze

Am 19. April war Adolf Bauer, der Präsident des SoVD, in Berlin-Mitte zu Gast bei Dr. Doris Pfeiffer, der Vorstandsvorsitzenden des GKV-Spitzenverbandes (GKV-SV) – seit über zehn Jahren die zentrale Interessenvertretung der gesetzlichen Kranken- und Pflegekassen in Deutschland. Den SoVD-Präsidenten begleiteten Fabian Müller-Zetzsche und Florian Schönberg aus der Abteilung Sozialpolitik des Bundesverbandes. Seitens des GKV-Spitzenverbandes nahm zudem Michael Weller, Leiter

des Stabsbereichs Politik, am Gespräch teil.

In freundlicher Atmosphäre beredeten die Teilnehmenden viel Aktuelles aus Gesundheit und Pflege sowie die Ankündigungen im Koalitionsvertrag für die kommende 19. Legislaturperiode. Bauer stellte dabei die Kernthemen des SoVD in den Vordergrund.

Insbesondere ging es um eine Systemannäherung von gesetzlicher Krankenversicherung (GKV) und privater Krankenversicherung (PKV). Konkrete Themen waren etwa die Bürgerversicherung, das Hamburger Reformkonzept eines GKV-Wahlrechts für Beamtinnen und Beamte, eine einheitliche Gebührenordnung sowie die Finanzierung der GKV – allem

voran die angekündigte Rückkehr zur paritätischen Beitragsfinanzierung.

Zentral drehte sich der Austausch außerdem darum, wie die medizinische Versorgung besonders in ländlichen und strukturschwachen Regionen sicherzustellen sei. Weitere Gesprächspunkte waren außerdem die Wartezeiten gesetzlich Versicherter auf Termine bei Allgemein- und Fachärzten sowie die Personaluntergrenzen in Krankenhäusern.

Ebenso zur Sprache kam die Situation der Pflege: etwa der Personalbedarf, die Finanzierung, der Fachkräftemangel und die Tarifgestaltung.

Beide Seiten vereinbarten, auch künftig miteinander im Gespräch zu bleiben.